UNGARN

Presse am Pranger

Je näher die Parlamentswahl am 7. April rückt, desto weniger zaudert das Lager des regierenden Bundes Junger Demokraten um Premier Viktor Orbán bei der Wahl seiner Mittel zum Machterhalt. In der Aufmachung einem Fahndungsbefehl nicht unähnlich, stellte das regierungsnahe Blatt „Magyar Nemzet“ zehn Auslandskorrespondenten öffentlich an den Pranger – mit Namen, Arbeitgeber und einem Quotienten, der pro Autor die Zahl negativer Erwähnungen Ungarns akribisch mit den positiven verrechnet. Der von einer anonymen, dem Büro des Ministerpräsidenten zugerechneten „Kontrollgruppe“ gezeichnete Artikel ist vorläufiger Höhepunkt im Kampf um die Meinungshoheit. Bereits im November präsentierte Ministerpräsident Orbán, der bei der Mehrheitsbeschaffung immer wieder auf die Partei des Rechtspopulisten István Csurka angewiesen ist, im Parlament eine Aufstellung ihm missliebiger Kritiker und der Medien, in denen sie publizieren. Auch die renommierten Schriftsteller István Eörsi und Miklós Haraszti fanden sich derart diffamiert. Inzwischen besteht die Spitze der Kontrollgremien im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und Rundfunk ausschließlich aus Parteigängern der Regierung. Und selbst populäre Journalisten können sich ihres Jobs keineswegs mehr sicher sein: Ohne nähere Begründung wurde jetzt der beliebte Rundfunkmoderator György Bolgár vom Mikrofon verbannt.

LASZLO BALOGH / REUTERS

Orbán

DÄNEMARK

Schlag auf den Kopf

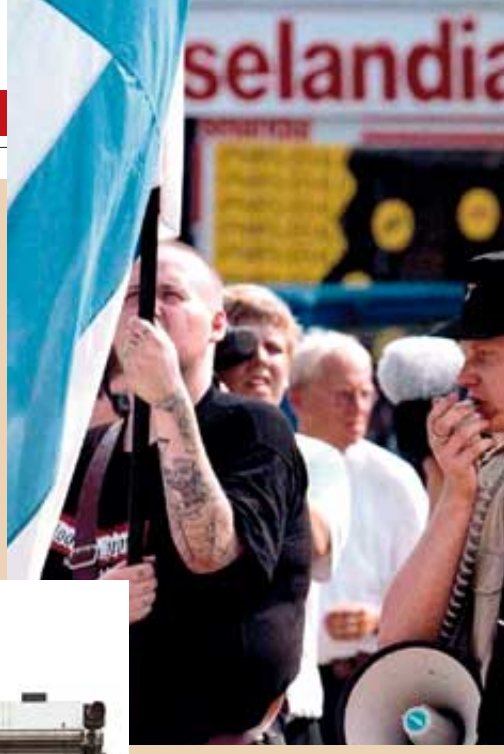
Ausgerechnet im Jahr der eigenen EU-Präsidentschaft provoziert die neue Mitte-Rechts-Regierung durch ihre Pläne zur drastischen Verschärfung der Ausländerpolitik Streit mit den Nachbarn und der EU-Kommission. „Wir werden nicht härter sein als andere Länder“, beschwichtigt zwar der neue Einwanderungsminister Bertel Haarder. Doch „um Tausende Ausländer weniger“ ins Land lassen zu müssen, soll das ohnehin schon rigide Ausländerrecht im einstmals liberalen Musterland noch mal deutlich verschärft werden. Er sei „zutiefst beunruhigt“, kritisiert Haarders schwedischer Amtskollege Jan Karlsson, dass damit künftig „die europäische Flüchtlingsarbeit enorm erschwert“ werde.

JOERGEN KOELLE / DANA PRESS

Kjærsgaard

Das Minderheitskabinett in Kopenhagen ist auf die Unterstützung der fremdenfeindlichen Dänischen Volkspartei von Pia Kjærsgaard angewiesen, die das künftige Auslandsrecht für einen „Wendepunkt in Dänemarks Geschichte“ hält. Es soll Ausländern ein Aufenthaltsrecht nur noch nach sieben statt bisher drei Jahren gewähren; bis dahin kann jederzeit abgeschoben werden. In der EU besteht dagegen längst Einigkeit über fünf Jahre als gemeinsames Limit. Der Anspruch auf Zuzug eines ausländischen Ehepartners soll in Dänemark, anders etwa als in Deutschland, entfallen. Um eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten, müssen beide Eheleute mindestens 24 Jahre alt sein (statt bisher 18), knapp 7000 Euro Bürgschaft hinterlegen und eine Reihe weiterer Hürden überwinden. Ein großer Teil von über 13 000 solcher Einbürgerungen in 2001, glaubt die Regierung, hätte so verhindert werden können. Wütender Protest kam von Amnesty International: So genannte De-facto-Flüchtlinge, die nach der Genfer Konvention bislang aus anderen Gründen als staatliche Verfolgung Asyl erhielten, sollen ihr Bleiberecht verlieren.

Im Gegensatz zur Kopenhagener Ausländer-raus-Initiative will die rot-grüne Bundesregierung Opfer nichtstaatlicher oder



Ausländerfeindliche Neonazis

MEHMET GÜLBIZ / AGENTUR FOCUS

Lkw-Stau an der türkisch-irakischen Grenze

NAHOST

Freier Verkehr

Trotz des internationalen Drucks auf sein Regime kann sich Saddam Hussein über einen diplomatischen Erfolg freuen, der ihm politische Aufwertung in der arabischen Welt verspricht. Die Regierung in Bagdad steht vor dem Abschluss weit reichender Handelsabkommen mit Syrien und Libyen. Die vor einem Jahr aufgenommenen Verhandlungen über die Schaffung einer „gemeinsamen Wirtschaftszone“ der drei laizistischen Araberstaaten sehen unter anderem die Abschaffung aller Zollschranken im gegenseitigen